

Pressemitteilung vom 24.11.2011

Koalitionsvertrag ohne Klimaschutz Berliner Energietisch fordert die Rekommunalisierung der Energieversorgung

Der Berliner Energietisch sieht in einem Volksbegehren die einzige Möglichkeit, die Energiewende und damit auch den Klimaschutz in Berlin endlich voranzubringen. Dazu sollen die Stromnetze rekommunalisiert werden. Des Weiteren wird die Gründung eines ökologisch und demokratisch gestalteten Energie-Stadtwerks gefordert.

Ende 2013 bzw. 2014 laufen die Konzessionen für die Berliner Energienetze aus. Schon vor der Wahl hatte sich die SPD positiv zu einer öffentlichen Wiederaneignung dieser Netze und der Gründung kommunaler Stadtwerke geäußert. Zu unserem Bedauern finden sich diese Ankündigungen im Koalitionsvertrag nicht wieder.

Mit der im Koalitionsvertrag auf Seite 15 festgeschriebenen Formulierung ist klar, dass es unter Rot-Schwarz zu keiner vollständigen Rekommunalisierung auch nur eines der Energienetze kommen wird. Und auch eine teilweise Beteiligung "kann" lediglich erfolgen. Selbst eine kürzere Laufzeit der Konzessionen soll lediglich geprüft werden. Das Wort Stadtwerk taucht im gesamten Vertrag nicht auf. Selbst eine Bündelung der bestehenden Erzeugungskapazitäten bei Berlin Energie soll ebenfalls lediglich geprüft werden. Und die Fernwärmenetze scheinen für Rot-Schwarz gar nicht zu existieren.

„Der Koalitionsvertrag enttäuscht aus unserer Sicht. Bisher habe ich noch nie erlebt, dass aus einem Prüfauftrag tatsächlich ein verbindliches politisches Handeln entstanden ist. Es ist nicht zu erwarten, dass es in diesem Fall anders sein wird“, erklärt Michael Efler vom Berliner Energietisch. „Berlin muss jetzt jedoch mit aller Kraft die Energiewende vorantreiben.“

Das neue Berliner Bündnis „Berliner Energietisch“ will nun die Verankerung einer ökologisch-demokratischen Energiewende mit einem Volksentscheid erreichen. Anfang 2012 soll ein landesweites Volksbegehren starten. Dieses soll das Land Berlin darauf verpflichten, das Stromnetz zu rekommunalisieren und ein Stadtwerk zu gründen. Aufgaben dieses neuen Stadtwerks als integrierter Energiedienstleister sind vor allem die Nutzung von Energieeinsparkapazitäten und der Aufbau von Produktionskapazitäten für erneuerbare Energien. In Berlin besteht dafür das größte Potential vor allem im Gebäudebereich. Eine Aufgabe des Stadtwerks ist es deshalb auch, die ökologische und sozialverträgliche energetische Gebäudesanierung voranzubringen. „Nur so wird Berlin seine rote Laterne in Sachen Klimaschutz und Erneuerbare Energien endlich abgeben können“, ergänzt Efler.

Ganz wichtig ist außerdem eine aktive Beteiligung der Berliner Bevölkerung an den Stadtwerken. Öffentliche Unternehmen dürfen keine „Versorgungswerke für Politiker“ werden. Dafür brauchen sie die Kontrolle und Beteiligung der Menschen in Berlin. Im Volksbegehren werden deshalb weitreichende Möglichkeiten der Mitbestimmung und Kontrolle verankert.

Kontakt:
Stefan Taschner 0176-24787213